

WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

Jetzt auch in ihrem Bundesland

Landtag beschließt Längeres Gemeinsames Lernen für Sachsen-Anhalt



© birgitta hohenester/pixelio.de

„Was lange währt, wird endlich gut!“, lautet ein altes Sprichwort und lange gewährt hat es in Tat, über zwei Jahrzehnte nämlich, bis die Schulen in Sachsen-Anhalt endlich an der bildungspolitischen Moderne schnuppern durften.

Am 15. November hat der Landtag die 14. Novelle des Schulgesetzes beschlossen. Was so trocken klingt und bürokratisch anmutet, hat einen entscheidenden Kern, Sachsen-Anhalt führt

das längere gemeinsame Lernen ein. „Wir haben als SPD lange dafür gekämpft“, sagte eine erleichterte Corinna Reinecke, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, nach der Abstimmung. „Das ist ein Meilenstein für die Schule in Sachsen-Anhalt.“

Schwerpunkt des neuen Schulgesetzes ist die Einführung der Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis. Damit haben auch die Schulen hierzulande die Möglichkeit, längeres gemeinsames Lernen in die Praxis umzusetzen. Das schafft bessere Bildungschancen und -perspektiven. „Das ist gut für unser Land und für unsere Kinder“, konstatierte zufrieden Stephan Dorgerloh, Kultusminister des Landes.

Dahinter steht die erziehungswissenschaftliche und für die SPD schon lange gewonnene politische Einsicht, dass das gegliederte Schulsystem erhebliche Defizite aufweist. Es siebt aus nach sozialer Herkunft, zementiert durch die frühe Laufbahnentscheidung Bildungsbiographien und errichtet hohe Hürden für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die sich nach der vierten oder gar zehnten Klasse doch für einen höheren Bildungsabschluss entscheiden. Das längere gemeinsame Lernen beseitigt diese Defizite. Es ist daher kaum verwunderlich, dass ein Großteil der Eltern diese Form des Lernens begrüßt.

Der Landtag hat diese Einsicht nun nachvollzogen und in Sachsen-Anhalt die Gemeinschaftsschule als vollwertige, ersetzende Schulform beschlossen. Die Einführung der Gemeinschaftsschule erfolgt auf freiwilliger Basis auf Antrag. „Das Schulgesetz wird und muss sich jetzt in der Praxis beweisen“, erklärte Corinna Reinecke. „Wir sind überzeugt, dass das Konzept gut ist und deshalb vor Ort gut angenommen wird.“

In der neuen Schulform ist der Erwerb aller Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I sowie des Abiturs möglich. Die Schülerinnen und Schüler lernen bis Klasse 8 gemeinsam und werden erst dann nach den angestrebten Bildungsabschlüssen aufgeteilt. „Das längere gemeinsame Lernen zwingt die Kinder nicht mehr, sich ab Klasse 4 für oder gegen das Abitur entscheiden zu müssen“, so Reinecke. „Sie haben jetzt doppelt so lange Zeit und können eine sachgerechte Entscheidung treffen, die ihren Fähigkeiten und ihrer Entwicklung angemessen ist.“ Den unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler soll zudem durch schülerzentrierte Lern- und Unterrichtsformen und die Individualisierung von Lernprozessen Rechnung getragen werden.

Die natürlich unvermeidliche Kritik der Opposition bezeichnete Reinecke hingegen als reine Spiegelfechterei. „Bei aller Kritik im Detail teilen Linke und Bündnis 90/ Grüne doch die positive Bewertung des längeren gemeinsamen Lernens“, sagte die Bildungsexpertin. „Sie sollten das Gesetz daher als das anerkennen, was es ist, als echten Fortschritt für die Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt.“

Ähnlich sah es auch der Kultusminister, der in seiner Einbringungsrede auf die Chancen hinwies, die im neuen Schulgesetz stecken. Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Demografie und Eigenständigkeit von Schule seien die großen Aufgaben für die Schulen im Land.

„Wie wir heute damit umgehen, wird mitentscheiden, welche Perspektiven unser Land in der Zukunft hat“, skizziert Dorgerloh die Herausforderungen. „Durch das neue Schulgesetz stellen wir die bildungspolitischen Weichen neu und richtig.“

Erstmals haben auch Passagen aus der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen Eingang in das Schulgesetz gefunden. „Dies ist ein klares Signal, Benachteiligungen von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen zu beseitigen und dazu beizutragen, dass ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht wird“, so der Minister. Als weiteren Schritt nach vorn wertete Dorgerloh die Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen. „Das ist ein Gebot der Stunde.“ So wurden dem Wunsch vieler Schulen entsprechend die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Budgets ins nächste Jahr zu übertragen. Zudem können die Schulen Girokonten einrichten und selbständiger und eigenverantwortlicher agieren. Außerschulische Angebote müssen nicht mehr durch die Schulbehörde genehmigt werden.

Fortsetzung auf Seite 2



Liebe Genossinnen und Genossen,

dieses war der zweite Streich! Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes haben wir das nächste zentrale SPD-Vorhaben durch den Landtag gebracht. Wir haben die Gemeinschaftsschule beschlossen und damit das längere gemeinsame Lernen in Sachsen-Anhalt Wirklichkeit werden lassen. Auch wenn die tatsächliche Arbeit vor Ort in den Schulen jetzt erst beginnt, dürfen wir das für uns als glatten Erfolg verbuchen.

Das gleiche gilt für die Rente. Im Wahlprogramm, das vielleicht wieder Regierungsprogramm heißt, wird die stufenweise Angleichung der Ost- und Westrenten stehen. Dafür haben wir nicht nur in der wiedervereinten Bundesrepublik lange gekämpft, sondern auch innerhalb der SPD. Jetzt haben wir einen seriösen Stufenplan, der 2019 endet, mit dem Solidarpaket II. Die Botschaft ist klar: die ostdeutschen Länder stehen auf eigenen Füßen und für alle gilt das gleiche Rentenrecht!

Ansonsten stehen die Ruhe und Besinnlichkeit des Weihnachtsfestes und die Ausgelassenheit des Jahreswechsels vor der Tür. Die Sozialdemokratie feiert dabei in ein besonderes Jahr hinein, in den 150. Jahrestag ihres Bestehens. Das wird ein grandioses Jubiläum, gibt es uns doch fast doppelt so lange, wie die Demokratie in Deutschland. Ich freue mich sehr darauf und wünsche Euch allen ein frohes und gesegnetes Fest im Kreise Eurer Lieben. Kommt gut ins neue Jahr. Wir sehen uns da in alter Frische.

Eure

Katrin Budde

SPD-Wahlprogramm 2011

„In vielen europäischen Nachbarländern führt das längere gemeinsame Lernen – anders als das gegliederte Schulsystem in Deutschland – zu einer geringeren Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft. Es erlangen wesentlich mehr Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung bzw. einen Hochschulabschluss. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch in Sachsen-Anhalt eine weitere Öffnung des Schulsystems, damit vor Ort auf freiwilliger Basis Gemeinschaftsschulen entstehen können. Ergänzend zum bestehenden Schulsystem wollen wir den Eltern, Schülern, Lehrkräften und Schulträgern mit der Gemeinschaftsschule ein neues Schulangebot unterbreiten und als gleichberechtigte Schulform schulgesetzlich verankern.“

Der Rote Faden

Regierungsversagen. Kein Wort beschreibt besser, was in dieser Legislaturperiode in Berlin passiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert sich selbst an allen Ecken und Enden. Ob Euro-Krise, Energie- wende oder Demographischer Wandel, kein zentrales Politikfeld findet eine passende Antwort. Es ist schon fast unheimlich, wie sich FDP und CSU gegenseitig belauern und jegliche politische Initiative des Koalitionspartners torpedieren.

Es ist folgerichtig, dass 65 % der Menschen in Deutschland kein Vertrauen in die Kompetenz der Bundesregierung haben. Noch schlägt das aber nicht auf die Umfragewerte der CDU und von Angela Merkel durch. Merkel hat geschickt die FDP geopfert, um sich und ihre Partei aus dieser Vertrauenskrise heraus zu lösen.

Der Kanzlerin fehlt die Werte-Orientierung. Ob Atomausstieg, Abschaffung der Wehrpflicht oder Finanztransaktionssteuer, Merkel steuert ihren Kanzlerwahlverein CDU in die tagesaktuelle Beliebigkeit. Die vielzitierte Alternativlosigkeit ist das merkselsche Basta.

Für die Qualität des Regierungshandelns rächt sich jetzt bitter, dass die Kanzlerin alle ernstzunehmenden innerparteilichen Konkurrenten eiskalt entsorgt hat.

Für ihren Machterhalt opfert Merkel das hohe Gute des Vertrauens. Mit dem bereits im Wahlkampf 2009 von ihr genutzten Konzepts der asymmetrischen Demobilisierung, also dem Aufweichen eigener Positionen und Überzeugungen auf allen Politikfeldern auf denen sie von der Opposition attackiert werden kann, wird sie auch den anstehenden Bundestagswahlkampf ziehen. Ziel ist es insbesondere SPD-Wählerinnen und -Wähler vom Urnengang abzuhalten. Der einzige Inhalt der CDU ist die Person Merkel. Erschreckend, dass die CDU nicht einmal mehr den Anspruch entwickelt ein ernstzunehmendes Regierungsprogramm zu entwickeln. Logisch, dass eine Partei ohne Programm in der Regierungsverantwortung versagt.

In der letzten Großen Koalition war es die SPD, die auf Grundlage ihrer Regierungsprogramm, grundlegende Weichenstellungen im Regierungshandeln durchsetzte. Die von uns betriebene Ausweitung des Kurzarbeitergeldes hat z. B. entscheidend dazu beigetragen, einen massiven Arbeitsplatzabbau in der Industrie zu verhindern. Das Deutschland die Euro-Krise bisher so gut überstanden hat, ist ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik unter dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück.

Der jetzige Juniorpartner FDP mit der monothematischen Steuersenkungsankündigung ist nicht in der Lage der Inhaltsleere Merkels abzufedern. Schamlose Geschenke an die eigene Klientel sind die einzigen Ausrufezeichen ihrer Regierungsbeteiligung. Der Koalitionsvertrag ist in weiten Teilen nicht umgesetzt worden.

Die SPD und ihr Kanzlerkandidat haben aus der Niederlage 2009 gelernt. Auch wenn Merkel aus wahltaktischen Gründen vermutlich bald für einen Mindestlohn plädieren wird, den griechischen Schuldenschnitt als alternativlos darstellen wird und bei der Bankenregulierung einen kleinen symbolischen Toppelschritt

Neuer AFB-Vorstand



Am 24. November fand im Magdeburg die Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung statt. Dabei wurde auch der Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Stephan Dorgerloh,

Stellvertreter Torsten Klieme, Rainer Günther und Michael Schildener, Beisitzer_innen Angelika Engel, Peter Fröhlich, Katrin Gensecke, Marten Grimke, Kurt Neumann und Tobias Ed Schubert. ■

Herzlichen Glückwunsch!

Der Bundestagswahlkampf 2013 wirft seine Schatten voraus. Alle Wahlkreisdelegiertenkonferenzen haben ihre Direktkandidatinnen und -kandidaten nominiert.



© Makrodepecher/pixelio.de

WK 66 Marina Angela Kermer
WK 67 Waltraud Wolff
WK 68 Mario Hennig
WK 69 Burkhard Lischka
WK 70 Arne Lietz
WK 71 Petra Börst-Harder
WK 72 Karamba Diaby
WK 73 Florian Hüfner
WK 74 Andreas Schmidt

Nach dem Jahreswechsel stellen wir sie Euch in Bild und Wort genauer vor.

übernimmt, ihr Regierungsversagen kann sie nicht überdecken.

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird es also auch darum gehen, dieses Regierungsversagen hervorzuheben. Wir werden auf Grundlage der eigenen Regierungsprogramm, grundlegende Weichenstellungen im Regierungshandeln durchsetzte. Die von uns betriebene Ausweitung des Kurzarbeitergeldes hat z. B. entscheidend dazu beigetragen, einen massiven Arbeitsplatzabbau in der Industrie zu verhindern. Das Deutschland die Euro-Krise bisher so gut überstanden hat, ist ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik unter dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück.

Oliver Draber
-Landesgeschäftsführer-

P.S.: Teile der Grünen entwickeln derzeit mit hohem Tempo die Selbsterkenntnis, dass sie eine wertekonservative Partei sind. Schwarzgrün ist durch Merkels Beliebigkeit eine Option geworden. Mir fehlt die Phantasie, mir vorzustellen, wie CSU und Grüne in einem Kabinett Konsens herstellen wollen. Das Regierungsversagen wäre vorprogrammiert. Lasst uns für ein starkes Ergebnis bei der Bundestagswahl kämpfen, um einen Kanzler Steinbrück und eine gute Regierungsarbeit zu erreichen! ■

Der stärkste Sozi kommt aus Anhalt



Ein Lehrbuchbeispiel, wie man sich gegen Mitbewerber durchsetzt - und das auch noch sportlich - lieferte unser Genosse Herbert Kalischke aus dem OV Osternienburger Land am 17.11.12 in Berlin.

Herbert ist 64 Jahre, seit 20 Jahren Genosse - und frisch gebackener Weltmeister seiner Altersklasse im Bankdrücken. Mit 127,5 kg verwies er die Mitbewerber auf die Plätze, wenn auch knapp. „Ein Mitstreiter schaffte wie ich die vorgelegten 125 kg - und hätte damit gewonnen, weil er zweihundert Gramm leichter war als ich“, so der Betreiber des

Fortsetzung von Seite 1:

(...) Von den Änderungen des Schulgesetzes sind auch die Schulen in freier Trägerschaft betroffen. Ihnen wird nicht nur die Umwandlung in Gemeinschaftsschulen ermöglicht, es werden auch die Genehmigung von Ersatzschulen sowie der Einsatz von Lehrkräften an Schulen in freier Trägerschaft schulgesetzlich neu geregelt. Ebenfalls geändert wird der Umgang mit der Datenerhebung an Schulen. Dabei entspricht die Möglichkeit der Erfassung, Aufbewahrung, Weitergabe, Berichtigung, Löschung, Sperrung und Sicherheit der Daten den datenschutzrechtlichen Anforderungen.

Einiges von dem, was jetzt im Gesetz auf den Weg gebracht wurde, muss noch präzisiert werden, die neue Gemeinschaftsschule muss sich nun in der Praxis bewähren. Eines steht allerdings schon heute fest: moderner und zeitgemäßer war das Schulsystem in Sachsen-Anhalt noch nie! Die SPD bleibt sich damit treu. „Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten“ war 1869 eine Forderung im Eisenacher Programm. Die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens in Sachsen-Anhalt ist ein Geschenk zum 150. Geburtstag. Traditionell modern! Wenn das kein gutes Omen ist. ■

In eigener Sache

Das 150. Parteijubiläum ist ein besonderes Ereignis in der stolzen Geschichte unserer Partei. Das schlägt sich natürlich auch im Vorwärts nieder. Die nächste Ausgabe wird daher eine Sonderausgabe zur Feier des Jahres.

Die WISA-Seiten werden also nicht wie gewohnt nach dem Jahreswechsel erscheinen, sondern bis Ende Februar, Anfang März auf sich warten lassen. Wir bitten um Verständnis.

Die Redaktion

Impressum:

Vi.S.d.P.: Oliver Draber
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle
-Redaktion WISA-
Bürgerstraße 1,
39104 Magdeburg

Köthener Tanzschlosses. „Einen Versuch hatte ich aber noch!“ 2,5 kg machten dann den Sieg aus. „Aber am Ende bin ich damit noch nicht“, so der starke Sozi, der es beim Training auch schon mal auf 135 kg bringt.

Die Qualifikation für die World Championships RAW-Powersports, an der etwa 300 Sportler aus 17 Nationen teilnahmen, erreichte er eben mal vier Wochen vor dem Termin, als er im Oktober Deutscher Meister wurde. Ein solches Durchstarten kann für uns nur Vorbild sein, bei der Bundestagswahl 2013, aber auch beim Finden und Umsetzen neuer Visionen für eine sozialere Politik.

Petra Fritzsche ■

KEIN zweites Dresden

Nazis wollen Magdeburg zum neuen Aufmarschgebiet machen



© Thomas Opp

Nach dem erfolgreichen Widerstand der letzten Jahre gegen die Nazi-Aufmärsche in Dresden mehren sich die Zeichen, dass die Nazis ihre Hauptaktivitäten in ein anderes „Aufmarschgebiet“ verlegen wollen. Neues Ziel der Ewiggestrigen: Magdeburg!

Am 16. Januar gedenkt Magdeburg alljährlich der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg. Die Stadt wurde am Abend des 16. Januar 1945 durch alliierte Bomber schwer zerstört. Etwa 2.500 Menschen kamen ums Leben. Der Krieg, den Deutschland beginnend mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 in viele Länder der Welt getragen hatte, kehrte hierher zurück.

Im Gedenken an die Zerstörung Magdeburgs soll nicht vergessen werden, dass Deutschland in diesem Krieg Millionen von Menschen verfolgt, deportiert und ermordet hat. Der 16. Januar 1945 mahnt

zum Frieden und zu großer Wachsamkeit: Nie wieder soll nationalsozialistisches Gedankengut Raum gewinnen. Rassis-

Am 12. Januar 2013 findet in der Innenstadt von Magdeburg die 5.Meile der Demokratie statt!

Am 19. Januar gibt es eine Kundgebung und Mahnwachen!

Näher Informationen gibt es unter:
<http://bgrmagdeburg.wordpress.com/aufruf-zum-januar/>
<http://meilederdemokratie.wordpress.com>
 und in den nächsten Wochen per Mail.

mus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit haben hier keinen Platz.

Das Gedenken an den 16. Januar wollen die Neonazis für ihre Zwecke missbrauchen missbraucht werden. Die Gleichsetzung der Opfer der Luftangriffe

auf Magdeburg mit den Ermordeten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern soll den Holocaust verharmlosen und den Vernichtungskarakter der deutschen Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg verschweigen. Die Fragen nach Schuld und Verantwortung werden verdreht. Das Ziel der Alliierten war die Befreiung Europas und Deutschlands vom Nationalsozialismus. Die Bombardierung Magdeburgs steht im Zusammenhang mit der Beendigung des mörderischen Regimes. Diese Sicht schließt auch die Trauer um die Toten der Bombenangriffe ein.

Die Nazis haben sowohl den 12. als auch den 19. Januar für Demonstrationen angemeldet. Die Landeshauptstadt Magdeburg und das Bündnis gegen Rechts rufen gemeinsam auf: „Beteiligen Sie sich am 12. Januar an der 5. Meile der Demokratie! Beteiligen Sie sich am 19. Januar an Kundgebung und Mahnwachen! An beiden Tagen wollen wir gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Magdeburgerinnen und Magdeburgern deutlich machen: Magdeburg ist kein Ort für Neonazis!“

Dieser Aufruf geht nicht nur an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg. So wie der zentrale Aufmarsch in Dresden nicht nur eine Sache der Dresdenerinnen und Dresdener war, ist ein zentraler Nazi-Aufmarsch in Magdeburg die Sache aller Demokratinnen und Demokraten in diesem Lande. Magdeburg darf kein zweites Dresden werden! Jede Hilfe ist willkommen! ■

Ost gleich West

SPD beschließt Rentenkonzept mit stufenweiser Angleichung der Renten

Der SPD-Parteikonvent hat am letzten November-Wochenende in Berlin das neue SPD-Rentenkonzept beschlossen. Danach sollen im Falle eines Sieges bei der Bundestagswahl die Ost-Renten bis 2020 stufenweise auf Westniveau angehoben werden. „Das ist eine gute Nachricht für die Ostrentnerinnen und Ostrentner“, sagte die Landesvorsitzende Katrin Budde nach der Sitzung. „Dieser Schritt ist 23 Jahre nach der Einheit längst überfällig und seit Langem eine Forderung der SPD in den ostdeutschen Bundesländern.“

Die SPD erneuert damit ihr Versprechen aus dem Regierungsprogramm 2009. Bereits da hatten wir angekündigt worden, ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West durchzusetzen. Gleiches hatte auch die schwarz-gelbe Koalition in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, bis heute aber keinen Handschlag getan. Angela Merkel bricht damit nicht nur ein zentrales Wahlversprechen, sondern setzt auch den eigenen Koalitionsvertrag nicht um. Für die Angleichung sollen zunächst pauschal bewertete Versicherungszeiten wie etwa die Kindererziehung oder der Wehr- und Zivildienst einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnet werden. Danach soll bis 2020 jede Anhebung der Rentenwerte im Osten höher ausfallen als im Westen. Für Betroffene, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, sollen diese in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

Darüber hinaus hat der Parteikonvent die Einführung einer Mindestrente von 850 Euro und die Aussetzung der Rente mit 67 beschlossen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Zudem wird das derzeitige Sicherungsniveau bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten. ■

Mit Mindestlohn zurück nach Hause

Gute Löhne bremsen Wegzug und ermöglichen Rückzüge



© Rainer Aschenbrenner/pixelio.de

Seit der Wiedervereinigung ist das Gesamtwanderungssaldo für Ostdeutschland negativ. So sind seit 1990 rund 1,1 Million Menschen in den Westen abgewandert. Zu den Hauptgründen zählen bis heute die fehlenden Karrieremöglichkeiten und die geringeren Einkommen. Nach einer Studie des Leipziger Leibniz-Instituts für Länderkunde erwägen dennoch fast drei Viertel aller aus Ostdeutschland Abgewanderten in ihre Heimat zurückzukehren. Jeder Zweite hat sogar schon erste Vorbereitungen für die Rückkehr getroffen. Das

Rückkehrpotenzial wäre enorm. Ähnliches gilt für die Pendler, die im Osten wohnen, aber zur Arbeit in den Westen pendeln. Allein in Sachsen-Anhalt gibt es 20.000 Fernpendler. Viele von ihnen wünschen sich nichts mehr, als eine gleich entlohnte Stelle in der Heimat annehmen zu können. Derzeit wäre der Verdienst durch den Wegfall möglicher Zweitwohnungs- oder Pendlerkosten zwar gleich, aber die Betroffenen würden weniger Beiträge in die Rentenversicherung zahlen. Dabei hat sich die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren entspannt. Während Ausbildungsplätze noch vor wenigen Jahren knapp waren, können heute viele nicht besetzt werden. Der Fachkräftemangel hat auch in Ostdeutschland eingesetzt.

Um dieser Situation zu begegnen, muss ein zentrales Ziel die Einführung eines gesetzlich festgelegten flächendeckenden Mindestlohns in Ost- und Westdeutschland sein. Da der Großteil der ostdeutschen Bevölkerung von einem Mindestlohn in besonderer Weise betroffen ist, sollte diese Forderung im Wahlkampf

eine zentrale Rolle spielen. Gerade unentschlossene Wähler und Nichtwähler sind für das Thema ansprechbar. Jede Stimme für Die Linken ist eine vergebene Stimme für einen Mindestlohn, da sie in keiner Regierung das Thema umsetzen kann. Die SPD muss im kommenden Wahlkampf deutlich machen, dass nur sie der Garant für einen Mindestlohn ist.

Arne Lietz ■

Termine

08. Januar 2013 – Ab 18.00 Uhr findet im Radisson Blu Dessau der Neujahrsempfang des SV Dessau-Roßlau statt.

10. Januar 2013 – Im Kulturwerk Fichte in Magdeburg findet der Neujahrsempfang des Landesverbandes statt. Beginn ist voraussichtlich 19.00 Uhr. Im Rahmen des Neujahrsempfangs wird die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet.

23. Januar 2013 – Im Ernst-Reuter-Haus Magdeburg findet ab 18.00 Uhr ein Workshop für alle Bundestagskandidatinnen und -kandidaten statt.

13. Februar 2013 – In Köthen findet der Politische Aschermittwoch des Landesverbandes statt. Beginn ist voraussichtlich 20.00 Uhr im Veranstaltungszentrum Schloss Köthen.

16. Februar 2013 – An diesem Tag findet im Alten Theater Magdeburg der Parteitag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl statt. Beginn ist 10.00 Uhr.